



## THEMEN

Europäisches „Fit for 55“-Paket

Kostenwahrheit durch  
CO<sub>2</sub>-Bepreisung

Umweltpolitik &  
Klimapolitik im Konflikt

## Aufbruch in eine emissionsfreie Zukunft?

Die Europäische Kommission will Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Ein genauso ambitioniertes wie konfliktträchtiges Vorhaben. Gleichzeitig zeigen Hochwässer, Waldbrände und andere katastrophale Ereignisse im heurigen Sommer, dass uns im Klimaschutz langsam die Zeit davonläuft.

Überschwemmungen in Bangladesch, Dürren in Ostafrika, Verwüstungen durch Hurrikans oder Taifune in (sub-)tropischen Regionen. Wir kennen die Schlagzeilen seit Jahrzehnten. Beängstigend schon, aber weit weg. Bis jetzt. Gerade in diesem Sommer mehren sich die Katastrophenmeldungen auch bei uns in Europa. Im Juni zog ein Tornado eine Schneise der Verwüstung durch Süd-Tschechien, wirbelte Autos durch die Luft, zerstörte Gebäude und forderte sogar Menschenleben. Im Juli führten Starkregen und das daraus folgende Hochwasser zu katastrophalen Schäden in vielen mitteleuropäischen Regionen – vor allem Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen waren massiv betroffen. Aufgrund der schweren Unwetter starben in diesen deutschen Bundesländern mindestens 180 Menschen. Im August erreichten uns Bilder von den Brandkatastrophen in beliebten Urlaubsregionen wie Antalya, dem Peloponnes oder Sizilien.

Der Klimawandel ist sicher nicht die einzige Ursache für diese Katastrophen, aber er spielt eine entscheidende Rolle. Das bekräftigt auch der mittlerweile sechste Sachstandsbericht des IPCC, der im August veröffentlicht wurde. Und eines machten die rund 234 involvierten ExpertInnen deutlich – die Gefahr solcher Extremereignisse steigt. Bereits Ende Juli veröffentlichten fast 14.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus 150 Ländern im Fachjournal Bio-science einen Aufruf, um auf die „sehr beunruhigenden Trends und geringen Fortschritte der Menschheit bei der Bekämpfung des Klimawandels“ hinzuweisen und den „Klimanotstand“ auszurufen. Viel mehr Anstrengungen seien nötig, um „unsägliches Leiden infolge der Klimakrise“ zu vermeiden. Und tatsächlich mehren sich Hinweise, dass wir nun vor entscheidenden Kipppunkten stehen – wenn wir sie nicht bereits überschritten haben. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung hält sogar einen Kollaps des für das europäische Klima so wichtigen Golfstroms für möglich.

### Europa fit für den Klimaschutz machen

Mittlerweile hat auch die europäische Politik den Kampf gegen den Klimawandel ganz oben auf ihrer Agenda. In

dem jüngst präsentierten „Fit for 55“-Paket schlägt die Europäische Kommission zwölf Verordnungen und Richtlinien vor, um die Politik der EU in den Bereichen Klima, Energie, Landnutzung, Verkehr und Steuern so zu gestalten, dass die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 gesenkt werden. Bis 2050 soll Europa der erste klimaneutrale Kontinent sein und damit eine „gerechte, grüne und prosperierende Zukunft“ für kommende Generationen gewährleisten. Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine grundlegende Neuausrichtung der Wirtschaft und Gesellschaft.

Das „Fit for 55“-Paket ist ein klares Bekenntnis zur Reduktion klimaschädlicher Emissionen. Im Zuge dessen soll das europäische Emissionshandelssystem auf weitere Sektoren ausgedehnt und mit strengeren Auflagen versehen werden. Steuerbefreiungen bzw. -ermäßigungen für fossile Brennstoffe sollen fallen. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, sollen künftig Produkte, die nach Europa importiert werden, einem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich (CBAM) unterliegen. Ein solches – WTO-rechtlich doch ein wenig heikles – Unterfangen soll verhindern, dass energie- bzw. emissionsintensive Branchen ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber außereuropäischen Mitbewerbern verlieren und letztlich Emissionen ins Ausland verlagern werden, ein Phänomen, das mit dem Begriff „Carbon Leakage“ beschrieben wird.

### Ungleiche Voraussetzungen

Bleibt noch das Problem des innereuropäischen Steuerwettbewerbs, also der sehr unterschiedlichen Steuersätze auf Kraft- und Heizstoffe bzw. anderer ökologischer Steuern. So liegt der implizite Steuersatz für Benzin in den Niederlanden bei rund 360 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>, dem höchsten Wert unter den europäischen Ländern – rund 150 Euro über dem österreichischen Satz und weit über dem europäischen Mindestsatz von 159 Euro. Bei Erdgas zeigen sich die Niederländer vergleichsweise weniger ambitioniert und rangieren im Bereich von etwa 20 Euro die Tonne CO<sub>2</sub>, aber immer noch weit über dem in der Energiesteuerrichtlinie festgelegten

europäischen Mindestsatz von fünf Euro. Jedoch unter dem Wert von 30 Euro, den die Österreicher anlegen. Belgien orientiert sich beim implizierten Steuersatz auf Heizöl und Erdgas an den europäischen Mindestsätzen, liegt aber bei den Kraftstoffen – Benzin, v. a. aber Diesel – weit über den österreichischen Werten. Die Einführung eines einheitlichen – oder zumindest vergleichbaren – europäischen CO<sub>2</sub>-Preises bedarf wohl noch einiges an Diskussionen und Abstimmungen, nicht zuletzt aufgrund verschiedener Einsparungsvorgaben bei den Emissionen (bis 2030: Schweden –40 %; Bulgarien 0 %) und sehr unterschiedlichen Kaufkraftniveaus in den Mitgliedsstaaten. ■

## FAKTEN

**–36 %** ist das CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel, zu dem sich Österreich gegenüber der EU verpflichtet hat. (bis 2030 auf Basis von 2005)

**125 mm** Niederschlag wurde in Amstetten am 18.7.2021 binnen 12 Stunden verzeichnet.

**1990** führte Finnland als erstes Land eine CO<sub>2</sub>-Steuer ein.

**45 %** der EU-Emissionen werden durch den Emissionshandel erfasst.

**65** bereits umgesetzte oder konkret geplante Initiativen zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung gibt es weltweit. (21,5 % der weltweiten Treibhausgas-Emissionen; lt. Weltbank)



# Eine Bepreisung von Emissionen soll keine Bestrafung sein...

Um im Klimaschutz voranzukommen, will die österreichische Bundesregierung ab 2022 CO<sub>2</sub>-Emissionen mit einem Preis belegen. Über die Möglichkeiten der Ausgestaltung, die Vor- und Nachteile verschiedener Rückführungsvarianten und die Akzeptanz der Bevölkerung diskutierten die Umweltökonomin Angela Köppl und der Erfinder der Ökosozialen Marktwirtschaft, Josef Riegler.

Die österreichische Bundesregierung plant Kostenwahrheit bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen herzustellen und diesen ab 2022 einen Preis zu geben. Warum ist das sinnvoll?

**Josef Riegler:** Ein Temperaturanstieg von einem oder zwei Grad klingt harmlos, aber es bedeutet, dass mehr Wasser verdunstet und das kommt auch wieder runter. Mitunter mit den verheerenden Folgen, die wir in der letzten Zeit erleben mussten. Deshalb ist ein CO<sub>2</sub>-Preis eine absolute Notwendigkeit. Problematisches Verhalten muss in den Kosten deutlich gemacht werden. Das ist ökologische Kostenwahrheit. Preise müssen den Wert der Umwelt ausdrücken. Und es muss gleichzeitig das Verursacherprinzip gelten. Wer Probleme verursacht, muss dafür einstehen.

Wir brauchen einen intelligenten Umbau bei Steuern, Abgaben und Förderungen. Damit jene Bereiche, die für die Zukunft wertvoll sind, attraktiver werden. Und gleichzeitig jene Bereiche, die Probleme verursachen, in den Kosten deutlich artikuliert werden. Das ist das Anliegen der Ökosozialen Steuerreform. Die Debatte hat eine lange Geschichte – jetzt muss man endlich Nägel mit Köpfen machen.

**Angela Köppl:** Aktuell fallen die privaten und die gesellschaftlichen Kosten auseinander. Emissionsintensive Produktions- und Konsumprozesse verursachen Kosten, die sich nicht in den Preisen spiegeln und der Gesellschaft auferlegt werden. Ein CO<sub>2</sub>-Preis soll diese Diskrepanz adressieren.

Wie kann eine Umsetzung aussehen?

**Köppl:** Die Regierung plant eine aufkommensneutrale ökosoziale Steuerreform. Dabei wird eine Ökosteuern in ein reformiertes Steuersystem eingebettet und die Steuerentnahmen fließen nicht in das allgemeine Budget, sondern werden rückverteilt. Dafür gibt es verschiedene Optionen, die jeweils Vor- und Nachteile haben. In der Literatur werden idealtypisch drei Rückverteilungsvarianten genannt: ein Ökobonus, eine Reduktion der Lohnnebenkosten und Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen. Der Ökobonus ist kurzfristig sozial attraktiv, weil untere Einkommen überproportional profitieren. Langfristig reicht das Ausmaß der Pro-Kopf Rückverteilung vermutlich aber nicht aus, um Investitionen in klimataugliche Alternativen anzustoßen. Auch bei einer Verringerung arbeitsbezogener Steuern und Abgaben – die in Österreich sehr hoch sind – stellt sich die Frage, ob dies klimataugliche

Investitionen anreizt. Währenddessen kann es bei einer Rückführung über Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen kurzfristig soziale Härtefälle geben, denen mit geeigneten Maßnahmen gegen-gesteuert wird. Klimaschutzinvestitionen haben aber den Vorteil, dass Emissionen über die gesamte Lebensdauer der Investition vermieden werden. Unabhängig welche Option der Rückverteilung oder welche Kombination man wählt, gilt, dass CO<sub>2</sub>-Steuern ein wichtiges Instrument der Klimapolitik sind und jedenfalls genutzt werden müssen. Sie können aber ihre volle Wirkung nur in einem breiteren Instrumentenmix entfalten.

Gibt es internationale Vorbilder für eine Umsetzung?

**Köppl:** Wir tun manchmal so, als wären wir das erste Land, das sich mit einer solchen Fragestellung auseinandersetzt. Tatsächlich gibt es bereits über 60 Initiativen zur CO<sub>2</sub>-Bepreisung – auf nationalstaatlicher, auf regionaler und auf EU-Ebene. Dabei entfällt etwa die Hälfte auf CO<sub>2</sub>-Steuern und die andere auf Emissions-handelssysteme.

Wie kann die nötige Akzeptanz der Bevölkerung erreicht werden?

**Riegler:** Laut Berechnungen des WIFO muss – um einen ökologischen Lenkungseffekt zu erzielen – die Tonne CO<sub>2</sub> mindestens 50 Euro kosten, das bedeutet, dass Treibstoff etwa um rund 15 Cent je Liter teurer wird. Die Akzeptanz für einen CO<sub>2</sub>-Preis kann ich nur mit einem Mix an Maßnahmen absichern. Dazu müssen einerseits Investitionen und Innovation angestoßen werden, aber auch Unternehmen und besonders betroffene Gruppen wie Pendler nicht übermäßig belastet werden. Für sie muss es Kompensationen geben. Eine Bepreisung von Emissionen soll keine Bestrafung sein, sondern Chancen eröffnen. Wir müssen Investitionen in die Zukunft durch entsprechende Anreize sicherstellen.

Wie kann den Menschen erklärt werden, dass sie ab nun für etwas bezahlen sollen, was bisher immer gratis war?

**Köppl:** Der Klimawandel verursacht jetzt schon Kosten und verschlechtert das Wohlbefinden vieler Menschen. Wenn uns die ökonomische Theorie sagt, dass eine Bepreisung einen Lenkungseffekt erzielt, dann sollte ein solches Instrument jedenfalls in einem Instrumentenkoffer enthalten sein. Aber ich muss auch andere Maßnahmen setzen, um einen gerechten Übergang zu gewährleisten.

» CO<sub>2</sub>-Steuern sind ein wichtiges Instrument. Sie können ihre volle Wirkung nur in einem breiteren Instrumentenmix entfalten.«

Angela Köppl ist Ökonomin im Forschungsbereich „Umwelt, Landwirtschaft und Energie“ des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Sie ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Ökosozialen Forums.



© Alexander Müller

» Wir brauchen einen intelligenten Umbau bei Steuern, Abgaben und Förderungen. Damit jene Bereiche, die für die Zukunft wertvoll sind, attraktiver werden.«

Josef Riegler war Landwirtschaftsminister und Vizekanzler; seit 2005 ist er Ehrenpräsident des Ökosozialen Forums. In den späten 1980er Jahren entwickelte Riegler das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft.



Das ganze Interview finden Sie auf [oekosozial.at](http://oekosozial.at)

## Nebenwirkungen der Klimapolitik

Schnelle und wirksame Lösungen für die Transformation zu einer emissionsarmen Wirtschaft und Gesellschaft sind ebenso notwendig wie heiß begehrt. In der öffentlichen Debatte ist neben der Industrie, dem Gebäudebereich und der Landwirtschaft vor allem vom sogenannten „Sorgenkind“ Verkehr die Rede. Um hier zu Lösungen zu kommen, scheint (fast) jedes Mittel recht. Gefeierte werden Erfolge wie der im ersten Halbjahr 2021 erzielte Rekord der E-Auto Neuzulassungen oder der Beschluss des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes. Dass wir diese Erfolge im Klimaschutz dringend brauchen, steht außer Frage. Doch sind nicht alle Errungenschaften im Klimaschutz auch gleichzeitig ein Gewinn für die Umwelt?

Neue Technologien helfen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren und sind ein wichtiges Instrument im Klimaschutz. Die Nebenwirkungen auf Menschen und Umwelt werden in der öffentlichen Debatte aber oftmals ausgeklammert. Ein Beispiel ist etwa die „umweltfreundliche“ E-Mobilität. Der für Batterien notwendige Rohstoff-Abbau wird mit Menschenrechtsverletzung, Kinderarbeit oder Umweltverschmutzung in Verbindung gebracht. Die Schlüsselressourcen zur Bewältigung der Klimakrise befinden sich in wenigen Lagerstätten in mitunter politisch instabilen Ländern oder fördern geopolitische Machtkonzentrationen. Mit etwa 80 Prozent weltweit Anteil ist China der größte Produzent aller seltenen Erden.

Als Alternative wird derzeit der Abbau von Metallerzen in der Clarion-Clipperton-Zone, einem Tiefseegebiet zwischen Hawaii und Mexiko, erwogen. Schätzungen zufolge könnte man aus den dortigen Ressourcen rund sieben Milliarden E-Autos mit Akkus ausstatten. Welche ökologischen Folgen die Sammelroboter verursachen, bleibt derzeit jedoch unbeantwortet. ■

### 3 FRAGEN AN...



#### PETER GRASSMANN

Wirtschaftsethiker und Beirat des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)

#1 Ist bei der CO<sub>2</sub>-Bepreisung ein nationales oder europäisches Vorgehen zielführender?

Ein CO<sub>2</sub>-Preis muss den ganzen EU-Wirtschaftsraum umfassen, um nicht wettbewerbsverzerrend zu wirken. Hochlohnländer haben im internationalen Wettbewerb Nachteile aufgrund der starken Gefälle bei Einkommen und Sozialleistungen. CO<sub>2</sub>-Kosten sollten dies nicht verschärfen. Ein nationaler CO<sub>2</sub>-Preis ist in der Anfangsphase sinnvoll, weil er rascher umsetzbar ist. Langfristig geht es darum, externe Schadenskosten europa- und weltweit in entsprechender Höhe zu bepreisen.

#2 Welches Land kann als Vorbild für die Umsetzung einer Ökosozialen Steuerreform dienen?

Alle Ansätze einer echten ökosozialen Steuerreform sind bisher gescheitert. Aufwand und Risiken einer Dekarbonisierung sind enorm. Neue Technologien sind oft risikoreiches Neuland – bei Prozessintegration und Marktakzeptanz. Deshalb sind die etablierten Wirtschaftsverbände aktiv, um einen ökosozialen Umbau zu verhindern.

#3 Welche Kriterien muss eine Importabgabe auf klimaschädliche Produkte erfüllen?

Sie muss den weltweiten Produkt-Entstehungsprozess überblicken. Vorbild kann das deutsche Lieferkettengesetz mit Berichtswesen und Auditierung der Lieferkette sein. Europa kann einheitliche Forderungen nicht überall durchsetzen. Viele Märkte Asiens, Afrikas und Südamerikas werden weiterhin auf Kostengünstigkeit gegenüber Klimaschutz priorisieren. Beim Durchsetzen weltweiter Standards liegt ein langer Weg vor uns.

## CO<sub>2</sub>-Preis nicht nur gut fürs Klima

In den OECD- und G20-Ländern unterliegen rund 60 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Energienutzung keiner (impliziten) Besteuerung. Lediglich zehn Prozent sind mit einem Satz von mindestens 60 Euro pro Tonne belegt. Dies entspricht einer mittleren Schätzung der Kosten der CO<sub>2</sub>-Emissionen für die Gesellschaft im Jahr 2020. Kostenwahrheit sieht also anders aus.

Die OECD hat berechnet, wie nah einzelne Länder an den Schwellenwert von 60 Euro herankommen. Spitzenreiter bei einer impliziten CO<sub>2</sub>-Bepreisung über alle Sektoren sind die Schweiz, Luxemburg und Norwegen. In diesen Ländern unterliegen 69 bzw. 68 Prozent der energieinduzierten Emissionen einer Besteuerung von zumindest 60 Euro die Tonne. Österreich liegt mit 48 % an Platz elf der 44 untersuchten Länder.

Brasilien (1 %), Indonesien (2 %), Russland (7 %) und China (9 %) befinden sich am unteren Ende des Spektrums. Aber die Auswertung – die auf Daten aus dem Jahr 2018 basiert – weist auch Überraschungen auf. So ist Schweden – oft als Musterland gehandelt – mit 29 % auf Platz 30. Damit liegen die Schweden hinter beispielsweise Korea (49 %) oder Polen (35 %) und auch Mexiko (30 %).

Generell stoßen Länder mit einer höheren impliziten CO<sub>2</sub>-Bepreisung tendenziell weniger Emissionen aus als Länder, die kaum Emissionen bepreisen. Zudem gilt dieser Zusammenhang auch für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro BIP-Einheit. Die OECD folgert, dass Länder, die heute näher am Ideal der Kostenwahrheit liegen, besser auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft vorbereitet sind – ein starkes Argument für einen effektiven Emissionspreis, das wohl nicht nur künftige Generation überzeugen kann. ■

### LESE.STOFF

## Bäuerliche Produktion in Gefahr

Die Land- und Forstwirtschaft ist wie kaum eine andere Branche von Klimaveränderungen betroffen. Es wird wärmer, einzelne Sommer trockener. Extremwetter-Ereignisse wie Starkregen oder Hagel nehmen zu. Im heurigen Sommer reißen die Schlagzeilen über extreme Trockenheit, Hagelunwetter, Überschwemmungen und Vermurungen nicht ab. Kurt Weinberger, Chef der Hagelversicherung, gibt einen Überblick über die katastrophale Bilanz: „Das Jahr 2021 verursachte schwere Verwüstungen in der Landwirtschaft. Bis Mitte August gab es durch die verschiedenen Unwetter-extreme Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen in der Höhe von knapp 220 Millionen Euro. Im Vergleich zum Vorjahr mit 120 Millionen Euro Gesamtschaden ein Extremjahr.“

„Besonders junge Bäuerinnen und Bauern und jene, die gerade erst einen Hof übernehmen, werden um Anpassungs-Maßnahmen nicht herumkommen“, ist der Generalsekretär des Ökosozialen Forums, Hans Mayrhofer, überzeugt. „Das wird mittlerweile zur Existenzfrage.“ Für die Entscheidung, welche Maßnahmen für Anpassungen und Klimaschutz auf welchem Betrieb sinnvoll sind, gibt es kein Patentrezept. Jeder Betrieb ist unterschiedlich. Doch sind die Betriebe einer Branche mit vergleichbaren Herausforderungen konfrontiert.

Was Betriebe im Bereich Klimawandelanpassung und Klimaschutz tun können und welche Maßnahmen sich in der Praxis für welche Branche bewährt haben, zeigt die Online-Publikation „Land- und Forstwirtschaft im Klimawandel. Ein Branchen-Leitfaden zu Klimawandel-Anpassung und Klimaschutz“. Die angeführten Maßnahmen dienen als Impuls, sich mit den Konsequenzen des Klimawandels für den eigenen Betrieb zu beschäftigen und geeignete Vorkehrungen zu treffen. Die Broschüre ist mit Unterstützung des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus erschienen und steht kostenlos zum Download zur Verfügung:

[www.oekosozial.at/agrarthinktank/junge-land-und-forstwirtschaft-im-klimawandel](http://www.oekosozial.at/agrarthinktank/junge-land-und-forstwirtschaft-im-klimawandel)

Das im Juli präsentierte „Fit for 55“-Klimapaket der EU-Kommission hat das Ziel, bis 2030 mindestens 55 Prozent der Treibhausgase im Vergleich zu 1990 einzusparen.

55 % der österreichischen Importe kommen aus dem Euroraum. 2020 betrug der Einfuhrüberschuss aus diesen Ländern 5,5 Mrd. Euro.

Hagel und andere Unwetter verursachten im ersten Halbjahr 2021 in Österreich rund 55 Millionen Euro Schaden. Besonders waren dabei das Salzkammergut und das Innviertel sowie das nördliche Niederösterreich betroffen.

55 Millionen Menschen weltweit sind Flüchtlinge in ihrem eigenen Land. Die Corona-Pandemie hat die Lage vieler Binnenflüchtlinge weiter verschlechtert.

Bei Gemüse kann sich Österreich zu 55 % mit Waren aus dem Inland versorgen. Der Eigenversorgungsgrad bei Käse beträgt 113 %, bei pflanzlichen Ölen 30 %.

Laut Berichten soll ein einzelnes Ticket für die erste, rein kommerzielle Mission zur ISS 55 Millionen Dollar kosten. Die Mission von drei Weltraumtouristen ist für 2022 geplant.

Im westafrikanischen Guinea sind 55 % der Bevölkerung unter 20 Jahre alt. In Österreich beträgt der Anteil 19,4 %.

In Andorra sitzen 55 Personen je 100.000 Einwohner im Gefängnis. In Österreich 95. Spitzenreiter ist die USA mit 639.

Malayisch wird weltweit von 55 Millionen Menschen gesprochen. Deutsch sprechen 96 Mio. und Chinesisch 1,3 Milliarden.



# denk.anstoß

von Stephan Pernkopf  
Präsident des Ökosozialen Forums Österreich & Europa

Der Klimawandel hat uns fest im Griff und macht friedliche Ortschaften zu Katastrophengebieten. Jahrhunderttrockenheit und gleichzeitige Starkregenereignisse haben uns das diesen Sommer wieder vor Augen geführt. Es ist nun höchste Zeit umzusetzen, wofür das Ökosoziale Forum seit über 30 Jahren kämpft: Umwelt und Klima zu schützen, gleichzeitig den Wirtschaftsstandort zu stützen und nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist möglich, niemand hat dazu so gute Voraussetzungen wie wir in Österreich. Denn schon heute haben wir viele großartige Unternehmen in unserem Land, die im Umweltbereich international erfolgreich sind.

Wesentliche Grundvoraussetzungen einer CO<sub>2</sub>-Lenkung sind Planungssicherheit, Berechenbarkeit und Treffsicherheit. Hier ist Fingerspitzengefühl gefragt, denn insbesondere der ländliche Raum, bäuerliche Betriebe und einkommensschwache Haushalte sind bereits heute stark herausgefordert und dürfen nicht zu den Verlierern werden.

Österreich kann mit seinem ökosozialen Weg Pionier für ganz Europa sein. Gleichzeitig müssen aber auch schnellstmöglich europaweite Rahmenbedingungen, wie Klimazölle, umgesetzt werden. Ein solcher Grenzausgleichsmechanismus gilt für Produkte, die in ihren Herkunftsländern keiner CO<sub>2</sub>-Bepreisung unterliegen. Unverständlich ist, warum laut den derzeitigen EU-Plänen die Landwirtschaft ausgeklammert ist. Wenn Lebensmittel in anderen Erdteilen klimaschädlich hergestellt und dann nach Europa und Österreich importiert werden, braucht es ebenso einen Umwelt-Ausgleich. Nirgendwo werden Lebensmittel so umweltbewusst, in so hoher Qualität und nach derart hohen Standards produziert wie bei uns. Eine umweltfreundlichere Produktion in Europa zu bestrafen, schadet der Wirtschaft und der Umwelt, hier muss die Europäische Kommission nachschärfen. Wir brauchen Chancengleichheit für unsere Bäuerinnen und Bauern und Schutz für unsere Konsumentinnen und Konsumenten. Das ist ökosozial! ■

## IMPRESSUM & OFFENLEGUNG GEM. §25 MEDIENGESETZ

Herausgeber & Verleger: Ökosoziales Forum Österreich & Europa, Herrngasse 13, A-1010 Wien, ZVR-Zahl: ZVR 759206393, Telefon: +43 (0) 1/253 63 50-0, info@oekosozial.at, www.oekosozial.at

Redaktion: Michaela Hickersberger (Leitung), Hans Mayrhofer, Gottfried Hebenstreit | Satz: Johanna Fritz | Lektorat: Elisabeth Rodler | Druck: Druckerei Janetschek GmbH, 3860 Heidenreichstein | Nachdruck und fotomechanische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Ökosoziales Forum Österreich & Europa, Herrngasse 13, A-1010 Wien, ZVR-Zahl: 759206393 | Vereinszweck: Das Ökosoziale Forum dient der Weiterentwicklung, Vertiefung und Verbreitung des ökosozialen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells, das auf den europäischen Werten im Sinne der Charta der Grundrechte der Europäischen Union beruht und in der Marktwirtschaft, sozialer Zusammenhalt und Ökologie gleichrangig miteinander verbunden sind und nachhaltig betrieben werden.  
Geschäftsführung: Hans Mayrhofer | Mitglieder des Vorstandes: Stephan Pernkopf, Franz Fischler, Josef Riegler, Franz-Josef Radermacher, Erwin Hameseder, Hubert Hasenauer, Hermann Kroll-Schlüter, Monika Langthaler-Rosenberg, Veronika Mickel-Göttfert, Felix Montecuccoli, Josef Taucher, Daniela Andratsch, Christoph Badelt, Andreas Freistetter, Edeltraud Hanappi-Egger, Veronika Hebenstreit, Max Hiegelsberger, Thilo Hofmann, Mariana Kühnel, Reinhard Mang, Markus Mühleisen, Josef Moosbrugger, Siegfried Nagl, Michael Oliver, Rupert Quehenberger, Bernhard Rebernik, Walter Rothensteiner, Hans Sailer, Johannes Schmuckenschlager, Friedrich Schneider, Alois Schwarz, Georg Strasser, Petra Winter | Grundlegende Richtung: denk.stoff liefert Denkanstöße zu Fragen der Nachhaltigkeit und berichtet über aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Jede Ausgabe setzt sich aus Analysen, Interviews und Buchtipps zusammen. Veröffentlichte Texte und Bilder gehen in das Eigentum des Verlages über, es kann daraus kein wie immer gearteter Anspruch, ausgenommen allfällige Honorare, abgeleitet werden. | Die Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz ist auch unter oekosozial.at/denk-stoff/offenlegung-gem-§-25-mediengesetz abrufbar.



## Klimaschutz und Wald – Maßnahmen ergreifen, die wirklich helfen

Der aktuelle Klimaschutzbericht zeigt, dass wir besser noch gestern als heute handeln müssen, um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Die Vermeidung und Reduktion von Treibhausgasemissionen haben oberste Priorität. Dafür müssen alle ihren Beitrag leisten. Doch in der Diskussion wird oft nicht auf Fakten, sondern auf Ideologien gesetzt – zum Leidwesen des Klimaschutzes, aber auch der Biodiversität.

### Raus aus fossilen und CO<sub>2</sub>-intensiven Rohstoffen und Materialien

Der ungehemmte Verbrauch von fossilen Rohstoffen heizt den Klimawandel gehörig an. Ungehindert wird schmutziges CO<sub>2</sub> quasi aus dem Boden in die Atmosphäre geblasen, obwohl ein Großteil davon jetzt schon verhindert werden könnte – wenn man wollte. Aus Sicht der Fossilindustrie vermeintlich einfachste Variante, dieser Belastung Herr zu werden, wäre es, den Wald als Deponie für ihre Abgase zu degradieren und Waldbesitzende durch Nutzungseinschränkungen zu zwingen, diese Klimatreiber kostenfrei im Wald zu speichern. Faktum ist: Auch wenn der österreichische Wald jährlich größer wird, diesen ungehemmten Nachschub an fossilen Treibhausgasen kann er nicht kompensieren. Daher muss der Ausstieg aus der fossil dominierten Wirtschaft hin zu einem nachhaltigen System, das auf nachwachsenden Rohstoffen beruht, rasch gelingen.

### Warum der Wald?

Bäume entziehen während ihres Wachstums CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre und wandeln es im Zuge der Photosynthese mit Hilfe von Sonnenenergie in Kohlenstoffverbindungen um, die sie im Holz speichern. Auf diese Art und Weise ist in 1 m<sup>3</sup> Holz rund 1 Tonne CO<sub>2</sub> gespeichert. Am Ende der Lebenszeit des Baumes, wenn er verrottet, gibt er jene Menge an Treibhausgas wieder frei, welches er zuvor gespeichert hat.

### CO<sub>2</sub>-Deponie Wald – Hochrisikostrategie ohne Zukunft

Deponielösungen sind meistens mit großem Risiko behaftet. Auch dann, wenn der Wald als Deponie für fossiles CO<sub>2</sub> missbraucht werden soll. Denn die Wissenschaft zeigt mit verschiedenen Szenarien, dass der Wald selbst durch zunehmende Schadeinflüsse in 20 bis 90 Jahren zur CO<sub>2</sub>-Quelle werden

kann. Die Risiken für den Wald würden aber mit einer Reduktion der Bewirtschaftungsmaßnahmen steil ansteigen – einen klimafitten Wald bekommt man nicht durch Nichtstun. Der stillgelegte Wald als romantisches „Kohlenstoffmuseum“, von dem so manche fachfremde Akteure träumen, ist in Wahrheit eine Hochrisikostrategie, die keine Zukunft hat.

### Die Wissenschaft zeigt den Lösungsweg auf

Die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zeigen, dass die CO<sub>2</sub>-Speicherung im Wald nicht der größtmögliche Klimaschutzbeitrag des Waldes ist. Der größte Hebel ist, den Wald nachhaltig zu bewirtschaften, um ihn dadurch klimafitter zu machen und die fossilen Emissionen erst gar nicht entstehen zu lassen, indem fossile bzw. CO<sub>2</sub>-intensive Rohstoffe durch Holzprodukte ersetzt werden. Dies ist der sogenannte Substitutionseffekt mit der größten klimapositiven Wirkung. Dadurch wird auch der Speichereffekt des Holzes – bei Häusern z. B. um mindestens 100 Jahre – verlängert, anstelle es ungenutzt im Wald verrotten zu lassen.

### Holznutzung hilft dem Klima und der Biodiversität

Würde man der CO<sub>2</sub>-Deponievariante folgen, hätte dies auch negative Auswirkungen auf die Biodiversität im Wald. Wälder würden aufgrund der fehlenden Bewirtschaftung ausdunkeln, konkurrenzschwächere Baumarten, wie z. B. die Eiche, würden nicht überleben, viele Flächen würden vergrasen oder verbuschen. Somit würde eine Vielzahl an Lebensräumen, die eigentlich erst durch die Bewirtschaftung entstanden sind, verschwinden und viele der Rote-Liste-Arten im Wald hätten endgültig ihren Kampf verloren. Nur die Bewirtschaftung mit angepasstem Habitatmanagement kann dem entgegenwirken und auch das notwendige Holz zur Substitution zur Verfügung stellen. Durch

### PRÄSIDENT ÖR FRANZ TITSCHENBACHER

Vorsitzender des  
Ausschusses für  
Forst- und  
Holzwirtschaft



die Pflege kann auch die CO<sub>2</sub>-Aufnahme optimiert bzw. verbessert werden, damit dieses dann in Holzprodukten langfristig gespeichert wird. Beim Klimaschutz steht unumstößlich das rasche Phasing-out der fossilen Energieträger an oberster Stelle – die aktive Waldbewirtschaftung und vielfältige Holznutzung ist der beste Weg zum Erfolg.

### Positiver 3-fach-Klimaschutz-Effekt der Holzverwendung



- 1 CO<sub>2</sub>-Speicherung im Holzprodukt**  
(zweiter Wald aus Holz)  
1 m<sup>3</sup> Holz = 1 t CO<sub>2</sub>
- 2 Substitution von fossilen und CO<sub>2</sub>-intensiven Rohstoffen und Materialien**  
Einsparungseffekt durch Holzbau bis 71 % im Vergleich zu mineralischer Bauweise
- 3 Energetische Verwertung – Einsparung fossiler Rohstoffe**  
1 m<sup>3</sup> Holz = 200 l Öl